

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft
– Verein für Socialpolitik –

Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König, Universität Mannheim
Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Alfred Kieser, Universität Mannheim
Schatzmeister: Prof. Dr. Dr. h.c. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.
Geschäftsführer: Dr. Horst Kräger, Universität Mannheim
Schriftführer: Dr. Winfried Pohlmeier, Universität Mannheim
Geschäftsstelle: Seminargebäude A 5, D-68131 Mannheim, Tel. (06 21) 2 92-34 57/27 27

Ausschuß für Bevölkerungsökonomie

Die Beiträge zur Ausschußsitzung in der Universität Halle am 27. - 29. Januar 1994 beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Migration. Die Tagungsorganisation hatte Prof. Dr. *Gunter Steinmann* übernommen. Im einzelnen wurden Probleme der Modellierung individueller Migrationsentscheidungen, die Wechselwirkung von Migration und Altersstruktur der Bevölkerung, und wachstums- und verteilungswirksame Effekte von Einwanderung analysiert. Jedes Papier wurde vor einer eingehenden Diskussion durch die Tagungsteilnehmer von einem Korreferenten diskutiert.

Motiviert durch das offensichtliche Ausbleiben größerer Migrationsströme selbst angesichts größerer interregionaler Gefälle in Löhnen oder Raten der Arbeitslosigkeit befaßte sich Prof. Dr. *Michael Burda* (Berlin) in seinem Beitrag „Der Optionswert der Migrationsentscheidung“ mit einer Umsetzung neuerer Ideen aus der Investitionstheorie auf die Theorie der Arbeitsmigration. Sowohl die klassische auf Lohn differentialen oder erwarteten Lohn differentialen beruhende Theorie der Migrationsentscheidung als auch modernere Ideen der Wanderung als Investition in Humankapital, als Versicherung in der Familie oder als Möglichkeit, Externalitäten im Konsum auszunutzen, implizieren größere als die tatsächlich beobachteten Migrationsströme. Im Gegensatz dazu schloß Burda, daß ein Modell, in dem die Möglichkeit, die Migrationsentscheidung zu vertagen, einen Optionswert beinhaltet, die Realität besser abzubilden vermag. Prof. Dr. *Ekkehart Schlicht* (München) forderte in seiner Diskussion eine umfangreichere quantitative Untermauerung der vorgetragenen Argumente mittels numerischer Simulationen oder empirischer Datenanalyse.

Eng mit der ursprünglichen Migrationsentscheidung und dem im Gastland erarbeiteten Erfolg verwoben sind die Pläne und Entscheidungen bezüglich der Rückkehr ins Ursprungsland. So zeigt die für Deutschland vorliegende Assimilationsliteratur deutlich, daß Humankapitalinvestitionen mit der Permanenz der Einwanderungsentscheidung ansteigen. Dr. *Christian Dustmann* (Bielefeld) wies in seinem Vortrag „Rückkehrabsichten temporärer Migranten“ nach, daß selbst in Fällen, in

denen die ökonomische Situation in Gast- und Ursprungsland konstant gehalten wird, Rückkehrmigration als Ergebnis der Variation relativer Preise, der Komplementarität zwischen Aufenthaltsort und Konsum, oder aufgrund der Akkumulation von Humankapital auftreten kann. Sein Modell testete Dustmann in einer empirischen Anwendung mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels, in dem die Rückkehrabsichten von Gastarbeitern abgefragt werden. Prof. Dr. *Aloys Prinz* (Mainz) regte an, die ökonomischen Gegebenheiten im Ursprungsland im Modell und in der empirischen Anwendung noch stärker zu berücksichtigen.

Drei Beiträge befaßten sich mit der Wechselbeziehung zwischen den zu erwartenden Änderungen der Altersstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik und den in der Zukunft zugelassenen Einwanderungsströmen. Prof. Dr. *Axel Börsch-Supan* (Mannheim) konzentrierte sich in seinem Beitrag „Migration, Sozialversicherungssysteme und Öffentliche Finanzen“ auf Fragen des Einflusses der Zuwanderung auf die verschiedenen Formen der Sozialversicherung. Zu diesem Zweck verknüpfte er ein Cass-Ramsey Modell des optimalen Wachstums mit einem demographischen Modell und prüfte auf der Basis numerischer Simulationen anhand mehrerer Einwanderungsszenarien die Auswirkungen dieser Einwanderungen auf die zu leistenden Sozialversicherungsbeiträge, wie etwa zur Pflegeversicherung und Krankenversicherung. In seiner Diskussion betonte Prof. Dr. *Gert Wagner* (Bochum) verteilungspolitische Konsequenzen einer Veränderung der Altersstruktur und forderte, die Integration der Zuwanderer durch Ausbildungs- und Wohnungsbaupolitik als eine zusätzliche Aufgabe in den Zielkatalog des sozialen Sicherungssystems aufzunehmen.

Schließlich untersuchten Prof. Dr. *Gunter Steinmann* (Halle) in seinem Beitrag „Die Auswirkungen der Einwanderung auf den Alterungsprozeß der Bevölkerung in Deutschland“ und PD Dr. *Ralf Ulrich* (Berlin) in seinem Papier „Das zukünftige Wachstum der ausländischen Bevölkerung in Deutschland“ die Auswirkungen zukünftiger Einwanderung auf die Verschiebung der Altersstruktur in der Bundesrepublik zuungunsten der Jüngeren. Steinmann kam zu dem Schluß, daß selbst im Falle unrealistisch hoher permanenter Einwanderung die Altersstruktur sich langfristig kaum von der ohne nennenswerte Zuwanderung unterscheiden wird, wenn in der Prognose gleiche Fertilitäts- und Mortalitätsmuster bei einheimischer und zugewanderter Bevölkerung unterstellt werden. Im Einklang mit diesem Ergebnis folgerte Ulrich aus seinen Untersuchungen, daß zwar die Alterslastkoeffizienten durch Einwanderung beeinflußt werden können, daß aber Zuwanderung nur sehr begrenzt als Mittel gegen Alterung eingesetzt werden kann. Während Dr. *Albrecht Ritschl* (München) in seinen Anmerkungen die möglichen Variationen in Fertilitäts- und Mortalitätsmustern bei den zugrundeliegenden Simulationen betonte, regte Prof. Dr. *John Komlos* (München) die Formulierung erweiterter ökonomischer Modelle an, die die mit der Migration einhergehenden Anreizeffekte ausführlicher berücksichtigen.

Prof. Dr. *Thomas Straubhaar* und *Alexander Steineck* (Hamburg) diskutierten in ihrem Vortrag „Die Migrationsabgabe: Möglichkeiten und Grenzen“ Möglichkeiten, die durch Migration ausgelösten externen Effekte mittels einer internationalen Besteuerung zu internalisieren. In ihrer Analyse gingen sie vor allem auf die internationale Übertragbarkeit von Humankapital ein und führten mit dem bundesdeutschen Mikrozensus des Jahres 1982 eigene Schätzungen durch, deren Kern die Berechnung des durch ausländische Arbeitnehmer vorhandenen Steueraufkommenspotentials einer solchen Migrationssteuer bildete. Die Diskussion von Dr. *Bernd Raffelhüschen* (Kiel) ordnete diese Arbeit in den übergreifenden Theorie-

rahmen des fiskalischen Föderalismus ein und problematisierte die Operationalisierung einer solchen Steuer.

Zwei Arbeiten untersuchten in Gleichgewichtsmodellen die Auswirkungen internationaler Migration auf die Einkommensverteilung und das Wachstum im Zielland. Prof. Dr. *Hans-J. Vosgerau*, *Nadine Leiner* und *Jürgen Meckel* (Konstanz) analysierten in ihrem Beitrag „Internationale Migration und Einkommensverteilung – eine außenhandels-theoretische Analyse“, ob in der Interaktion zwischen Handel und der Mobilität von Faktoren ein bestehender Migrationsdruck durch Kapitalbewegungen oder die Beseitigung von Handelshemmnissen ausgeglichen werden kann. Dr. *Uwe Walz* (Mannheim) dagegen untersuchte die „Wachstumseffekte der Migration“ in einem endogenen Wachstumsmodell, das als grundsätzlichen Wachstumsmotor die Akkumulation von Wissenskapital betrachtet. PD Dr. *Bernd Huber* (Würzburg) kritisierte diese Analyse aufgrund ihrer Konzentration auf den steady state und demonstrierte anhand des Modellrahmens das kurzfristige Auftreten negativer Migrationswirkungen auf die Arbeitnehmerinkommen, das bereits für eine statische Analyse charakteristisch ist.

Die nächste Tagung des Ausschusses findet auf Einladung von Prof. Dr. *Thomas Straubhaar* am 3. – 4. Februar 1995 in der Bundeswehrhochschule Hamburg statt.

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, München

Ausschuß für Geldtheorie und Geldpolitik

Auf seiner 25. Sitzung am 25. und 26. Februar 1994 befaßte sich der Ausschuß in sechs Referaten mit dem Rahmenthema „Neuere Entwicklungen in der Geldtheorie und Währungspolitik“, wiederum aufgrund der freundlichen Einladung im Hause der Deutschen Bundesbank. Es galt, neuere Entwicklungen aufzuarbeiten und sie mit „alten“ Ansätzen zu konfrontieren. Dabei lag der Schwerpunkt mit insgesamt vier Beiträgen auf der Modellierung und empirischen Tests von geldtheoretischen Hypothesen (Geldnachfrage, Geldangebot, Transmission und geldpolitische Wirkungen). Zwei weitere Referate beschäftigten sich mit hochaktuellen Problemen der europäischen Währungspolitik.

Ausgangspunkte für den von Prof. Dr. *Manfred Willms* und Dr. *Volker Clausen* (Kiel) analysierten Bufferstock-Ansatz waren die zahlreichen Unplausibilitäten, die die herkömmlichen (isolierten) Geldnachfrage-Schätzungen hinterlassen haben. Dem wurde der im Kern mikroökonomisch fundierte Bufferstock-Ansatz gegenübergestellt, der die Tauschmittelfunktion des Geldes und die Haltung von Vorsichtskasse („Pufferfunktion“) betont. Die Autoren demonstrierten mit diesem Ansatz die Interaktion zwischen Geldnachfrage und Geldangebot und die daraus resultierenden dynamischen Anpassungsprozesse. Im Vordergrund der Diskussion standen die Modellierung der Erwartungsbildung und der Unsicherheiten im Rahmen dieses Ansatzes, die Schätzung separater Geldnachfragefunktionen und die geldpolitischen Konsequenzen. Auch das Ergebnis der empirischen Tests blieb nicht unbestritten: Zwar sei, so die Verfasser, die Geldmenge (M1) in Deutschland eine endogene Variable des ökonomischen Prozesses, gleichwohl sei dieses Ergebnis jedoch kompatibel mit der zentralen Annahme des Bufferstock-Ansatzes, nämlich der Kontrollexogenität der Geldmenge.

In einer mikroökonomischen Analyse der „Rolle des Bankverhaltens bei der Bestimmung des Angebots an M3“ gingen Prof. Dr. *Ingrid Größl-Gschwendtner* (Hamburg), Prof. Dr. *Karl-Heinz Ketterer* (Karlsruhe) und Prof. Dr. *Peter Stahlek-*

ker (Hamburg) dem Verhalten der Kreditinstitute im Geldangebotsprozeß auf den Grund. Dieses Verhalten zu kennen, sei eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Steuerung eines Geldmengenziels. Im einzelnen analysierten die Autoren das Bankverhalten unter folgenden Aspekten: Reaktion auf veränderte Parameter der Zentralbank (Refinanzierungskosten), Nachfrage nach rediskont- und lombardfähigen Aktiva, Risikoverhalten, Marktform und Kreditobergrenze. Die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen bezogen sich auf das generelle Problem, ob die Banken tatsächlich in der Lage sind, ein gewinnmaximierendes „liability management“ zu betreiben, und speziell auf die Struktur des Modells, wie die Nichtberücksichtigung des Wertpapiermarktes, die Spezifizierung der Risikoaversion und der Kreditobergrenze, sowie deren empirische Überprüfbarkeit.

Die kontroverse Frage nach dem Zusammenhang zwischen Geldpolitik und Preisniveau griffen Prof. Dr. *Uwe Westphal* und Dr. *Stefan Kuhnert* (Kiel) in ihrem Beitrag erneut auf und führten sie im Rahmen eines ökonometrischen Strukturmodells fort. Als hauptsächliche Transmissionskanäle der Geldpolitik wurden der Preis-Lohn-Mechanismus und die Determinanten der Geldmenge M3 (portfoliotheoretisch) modelliert, empirisch geschätzt (Deutschland 1970 - 93) und durch Simulationsexperimente gestützt. Die Verfasser gelangten zu einer Reihe interessanter Ergebnisse, so vor allem zu einer validen Stabilität der M3-Nachfragefunktion und zu einer signifikanten Beziehung zwischen Geldmengenwachstum und Inflation. In der Diskussion wurden diese Resultate ebenso kritisch hinterfragt wie zahlreiche Einzelergebnisse der Simulationsexperimente, so vor allem jene zum Einfluß zusätzlicher Staatsausgaben auf die Höhe der Arbeitslosenquote.

Bemerkenswerte Parallelen zu den Ergebnissen des vorgenannten Beitrags wiesen die Resultate der Untersuchung von Prof. Dr. *Otmar Issing* und Dr. *Karl-Heinz Tödter* (Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.) über „Geldmenge und Preise im vereinigten Deutschland“ auf. Empirische Tests für den gleichen Zeitraum bestätigten einen stabilen langfristigen Zusammenhang sowohl zwischen der Geldmenge M3 und deren Bestimmungsfaktoren als auch zwischen den Veränderungen des Preisniveaus und der Geldmenge. Von den Autoren ebenso wie von den Diskutanten wurde daran vor allem zweierlei als bemerkenswert angesehen: Zum einen, daß trotz unterschiedlicher theoretischer Ansätze – *Issing/Tödter* verwenden das quantitativtheoretische Konzept der Gleichgewichtspreise (*Westphal/Kuhnert*: Strukturmodell) – ein weitgehender Gleichklang in den Ergebnissen erzielt wurde, zum anderen, daß die Stabilität der genannten Beziehungen durch die deutsche Vereinigung (bislang) nicht beeinträchtigt worden ist. Darauf aufbauend plädierten die Verfasser für die Beibehaltung der potentialorientierten Geldmengenstrategie der Bundesbank.

Der Vertrag von Maastricht und seine Implikationen waren Gegenstand der Beiträge zu aktuellen Problemen der europäischen Währungspolitik. Es referierten Dr. *Wim F. Duisenberg*, Präsident der Niederländischen Zentralbank (Amsterdam), über „Stage Two of Economic and Monetary Union“, und Dr. *Jürgen Stark*, Ministerialdirektor im BMF (Bonn), über „Perspektiven der Währungsintegration in Europa“. Beide würdigten die aktuellen Ereignisse, so vor allem die EWS-Turbulenzen von 1992/93, den Eintritt in die zweite Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ab Anfang 1994 und – der Beitrag von *Stark* – die Konsequenzen aus dem Urteil des BVerfG vom 12.10.1993. Gewarnt wurde in den Referaten ebenso wie in der Diskussion vor den Gefahren übermäßiger nationaler Budgetdefizite und einer Aufweichung der Eintrittskriterien für die dritte Stufe der WWU, betont wurden die Notwendigkeit einer verstärkten Konvergenz und strikten Handhabung der Koordinations- und Überwachungsmecha-

nismen auf EU-Ebene. Beide Referenten bezogen eine klare Position „wider die Kritiker von Maastricht“ und zeigten sich verhalten optimistisch für das Gelingen einer künftigen WWU.

Die Referate der Tagung werden in Kürze unter dem einleitend genannten Rahmenthema in den „Schriften des Vereins für Socialpolitik“ erscheinen. Die nächste (26.) Ausschußsitzung wird am 24. und 25. Februar 1995 auf Einladung des Studienzentrums Gerzensee in der Schweiz stattfinden; Rahmenthema: „Finanzmärkte und Finanzinnovationen“.

Prof. Dr. Dieter Duwendag, Speyer

Ausschuß für Ökonometrie

Dank der Vermittlung von Prof. Dr. *H. Rinne*, Universität Gießen, fand die diesjährige Tagung des Ausschusses, wie in der Vergangenheit, in der Zeit vom 16. bis 18. März auf Schloß Rauschholzhausen bei Marburg statt. Es nahmen 22 Mitglieder und 4 Gäste teil.

Für diese Sitzung war kein spezifisches Thema festgelegt. Die Vorträge umfaßten sowohl methodische wie auch empirisch-ökonomische Themen.

Prof. Dr. *R. Hujer*, Universität Frankfurt, sprach zum Thema „Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen im Vergleich USA/Bundesrepublik. Eine Panelanalyse“. Es wurde die Frauenerwerbstätigkeit anhand des sozio-ökonomischen Panels für die Bundesrepublik und der Panel Study of Income Dynamics (PSID) für die USA auf der Basis eines Drei-Gleichungs-Lebenszyklusmodells in Anlehnung an die früheren Arbeiten von Heckman und McCurdy (1980) untersucht. Der Vortrag beschäftigte sich sowohl mit den theoretischen Problemen der Formulierung eines simultanen Gleichungssystems für Paneldaten zur Bestimmung der Partizipationsentscheidung, der Arbeitsstundenentscheidung und der Lohnentscheidung als auch mit methodischen Fragen der Schätzung eines solchen Modells. Dieses Drei-Gleichungssystem mit Zensierung wurde mit Hilfe einer zweistufigen quasi Maximum-Likelihood-Methode unter Verwendung eines Minimum-Distance-Schätzers auf der zweiten Stufe analysiert. Die Ergebnisse dieser vergleichenden Studie zeigen eine deutlich höhere Partizipationselastizität der Löhne für verheiratete Frauen in den USA sowie stärkere negative Einflüsse der Kinderzahl auf die Partizipationsentscheidung in der Bundesrepublik. In beiden Ländern sind Elastizitäten der Arbeitsstunden bezüglich des Lohnsatzes relativ niedrig, aber die Einflüsse der industriellen Bruttoproduktion auf die Partizipation signifikant.

Prof. Dr. *O. Hübler*, Universität Hannover, sprach über „Arbeitsplatzsuche und Migrationsneigung – eine ökonometrische Untersuchung für ostdeutsche Arbeitskräfte“. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stand die Analyse des Arbeitsmarktmonitors für Ostdeutschland, eine Panelerhebung durch Infratest in insgesamt vier Wellen im Abstand von vier Monaten, die im November 1990 begann. Anhand dieser Daten wurde mit Hilfe der Probit-Maximum-Likelihood-Methode sowohl eine Suchfunktion als auch eine Funktion für die potentielle Wanderung geschätzt. Als erklärende Variablen wurden das Alter, das Geschlecht, die Beurteilung der konjunkturellen Lage, das Einkommen, eine vorliegende Kurzarbeit, die Familiengröße und weitere Merkmale bezüglich der Qualifikation verwendet. Ziel der Untersuchung war es, den Einfluß dieser Merkmale auf die Suchaktivitäten im Osten sowie die Suche nach einem Arbeitsplatz im Westen zu schätzen. Es

ergaben sich für die meisten Variablen plausible Ergebnisse. Ferner wurden ausführliche Tests der Spezifikationen des Modells diskutiert.

Prof. Dr. A. Börsch-Supan, Universität Mannheim, sprach zum Thema „Living Arrangements: Health and Wealth Effects“. Im Mittelpunkt dieses Vortrags stand eine Analyse der Lebensverhältnisse von Ruheständlern in der eigenen Wohnung, in der Familie von Kindern bzw. in Altersheimen in Abhängigkeit von Maßen zur Beschreibung des Gesundheitszustands, des Einkommens, des Vermögens und anderer Bestimmungsfaktoren. Zugrundegelegt wurde ein LISREL-Modell mit latenten Variablen für die Gesundheit und für die Fähigkeiten, Dinge des täglichen Lebens zu bewältigen. Das Modell wurde u. a. an einem früheren Querschnitt auf seine Prognosefähigkeit hin überprüft.

Prof. Dr. Heinz Gollnick sprach über „Rationalverteilte Trends versus rationalverteilte Verzögerungen von linearen Einflüssen in der Regression“. In Anlehnung an das in der Ökonometrie gängige Modell rationaler Lagverteilungen wurde ein multiples Regressionsmodell mit zeitabhängigen Regressionskoeffizienten in der Form rational gebrochener Trendfunktionen diskutiert. Die Diskussion bezog sich vor allem auf Probleme der Schätzung eines solchen Modells und auf die Anwendung des Modells auf eine Beziehung zwischen der Nahrungsmittelnachfrage und dem verfügbaren Einkommen privater Haushalte. Dieses Modell wurde in einem Prognosevergleich mit dem herkömmlichen Modell rationalverteilter Lags verglichen.

Priv.-Doz. Dr. G. Flaig, Universität Augsburg, sprach über „Die Modellierung des Einkommens- und Zinsrisikos in der Konsumfunktion. Ein empirischer Test verschiedener ARCH-M-Modelle“. Im Mittelpunkt dieser Analyse stand die aus der Lebenszyklus-Hypothese abgeleitete stochastische Euler-Gleichung und ihre Schätzung unter Berücksichtigung zeitvariabler Risiken. Es wurden verschiedene Modelle zwischen den erwarteten Wachstumsraten des Konsums und den erwarteten Renditen der Anlage von Ersparnissen diskutiert und geschätzt. Die Alternativen bezogen sich einerseits auf unterschiedliche Messungen des Risikos in Form von Streuungsmaßen für den Konsum und die Rendite als auch auf die Spezifikation eines Drei-Gleichungs-ARCH-M-Modells. Flaig erhält im Gegensatz zu anderen Autoren eine der Theorie entsprechende positive intertemporale Substitutionselastizität.

Priv.-Doz. Dr. H. J. Werner, Universität Bonn, hielt einen Vortrag über „Statistische Ansätze für Wahlprognosen und Wählerwanderungen“. Vorgestellt wurden lineare Modelle zur Hochrechnung auf der Basis von Vergleichswahlergebnissen in einzelnen Wahlbezirken und die statistischen Eigenschaften solcher Verfahren. Diskutiert wurde ferner die Methodik zur Analyse von Wählerwanderungen ohne Befragungsinformationen über Wanderungen.

Prof. Dr. F. Palm, Maastricht, sprach über „Inflationsdifferenzen und Renditen im europäischen Währungssystem“. Modelliert wurden in dieser Analyse Abweichungen des Wechselkurses der wichtigsten europäischen Länder von der DM-Parität des europäischen Währungssystems und die Realignments in der zentralen Parität dieser Währungen. Als erklärende Variable für Realignments werden Differenzen in den Inflationsraten zu Deutschland sowie der Zahlungsbilanzsaldo des vergangenen Jahres verwendet. Die Störgröße dieses Prozesses für die Wechselkursänderung wird als GARCH-Prozeß für eine Mischung aus zwei Normalverteilungen dargestellt. Mit Hilfe dieses Modells gelingt eine relativ gute Anpassung an die tatsächliche Wechselkursentwicklung der wichtigsten EWS-Länder und eine im Vergleich zum random walk erzielbare Überschußrendite in Abhängigkeit unterschiedlicher Entscheidungsregeln. Die Arbeit zeigt, daß mit Hilfe einer sorg-

fältigen Modellierung der Wechselkurse im europäischen Währungssystem Überschußrenditen erzielt werden können.

Prof. Dr. G. *Trenkler*, Universität Dortmund, sprach über „Die Schätzung von Parametern im linearen Regressionsmodell bei äqui-korrelierten Störgrößen“. Behandelt wurden verschiedene Schätzmethoden und ihre Schwierigkeiten, für ein lineares Regressionsmodell mit Störgrößen, die für beliebige Abstände von Beobachtungen die gleiche Korrelation aufweisen. Dieses Modell ist insbesondere in den Regionalwissenschaften von großer Bedeutung. Gezeigt wurde, daß die Maximum-Likelihood-Schätzung eines solchen Modells entweder nicht existiert oder nicht geeignete Schätzer liefert. Diskutiert wurden insbesondere die Eigenschaften alternativer Schätzer für ein solches Regressionsproblem.

Die nächste Sitzung findet in der Zeit vom 8. bis 10. März 1995 in Schloß Rauschholzhausen statt.

Prof. Dr. G. Hansen, Kiel

Ausschuß für Unternehmensrechnung

Der Ausschuß tagte am 18. und 19. März 1994 auf Einladung von Prof. Dr. Theodor Siegel in Berlin mit dem Rahmenthema: „Unternehmensbewertung“.

Prof. Dr. *Hans Dirrigl*, Bochum, eröffnete die Tagung mit dem Thema „Konzepte, Anwendungsbereiche und Grenzen einer strategischen Unternehmensbewertung“. Er stellte die Frage zur Diskussion, inwieweit in einer strategischen Unternehmensbewertung ein Gegensatz zum bisherigen Verständnis der Unternehmensbewertung als eines auf der Annahme finanzieller Ziele basierenden Grenzpreiskalküls gesehen werden könne. Die Frage stelle sich insbesondere deshalb, als bei Unternehmensakquisitionen Preise gezahlt würden, die mit der „Schulmathematik“ der Investitionsrechnung kaum erklärbar seien. In der Folge zeigte Dirrigl auf, daß sich hinter der Vorstellung „strategischer“ Unternehmensbewertung gänzlich unterschiedliche Vorstellungen verbergen, die sowohl Ansätze aus dem Instrumentalbereich der Strategieplanung, die Einbeziehung multikriterieller Bewertungsmethoden, kapitalmarkttheoretische Ansätze sowie die Erweiterung der Unternehmensbewertung durch Modelle der Optionspreisbewertung umfassen können. Im Ergebnis gelangte Dirrigl zu dem Schluß, daß die Literaturdiskussion keine begründete Kritik der investitionstheoretisch fundierten Unternehmensbewertung darstellt, sondern sich berechtigterweise nur gegen eine übermäßige Komplexitätsreduktion durch eine „objektivierte Unternehmensbewertung“ richtet. Durch Vermeidung zu weitgehender Vereinfachungen im Rahmen der Modellbildung sei es durchaus möglich, den Anliegen sogenannter „strategischer“ Bewertungen im Rahmen der investitionstheoretisch fundierten betriebswirtschaftlichen Bewertungstheorie Rechnung zu tragen.

Prof. Dr. *Theodor Siegel*, TU Berlin, stellt in seinem Beitrag „Unternehmensbewertung, Unsicherheit und Komplexitätsreduktion“ mit der Risikoprofilmethode eine alternative Methode der Unsicherheitsberücksichtigung bei der Unternehmensbewertung vor und verglich sie mit der in der Praxis verbreiteten Verwendung eines Risikozuschlags und der bisher methodisch bevorzugten Sicherheitsäquivalentmethode. Gegenüber dieser sah er Vorteile darin, daß komplexere Realitätsannahmen wie z.B. bedingte Entwicklungen der erwarteten Einzahlungsüberschüsse berücksichtigt werden können und daß Informationsverluste vermieden werden, weil Wahrscheinlichkeitsverteilungen nicht unmittelbar zu

Sicherheitsäquivalenten verdichtet werden müssen. Da eine derartige Umwandlung in ein einziges Sicherheitsäquivalent als Grenzpreis erst nach Erstellung des Risikoprofils ansteht, sah Siegel auch praktische Vorteile für seinen Vorschlag, weil dem Investor hier ein wohlstrukturiertes Problem vorgelegt werde und dieser nur einmal eine subjektive Feststellung zu treffen habe.

Prof. Dr. *Franz W. Wagner*, Tübingen, erörterte das Thema „Unternehmensbewertung und vertragliche Abfindungsbemessung“. Er ging von der Feststellung aus, daß einerseits in der Empirie Abfindungsvereinbarungen weitgehend auf buchhalterischen Methoden basieren, die zur betriebswirtschaftlichen Bewertung der Gesellschaftsanteile in einem gewollten Kontrast stehen, andererseits aber von der Judikatur der rechtliche Bestand solcher unterwertigen Abfindungsvereinbarungen zunehmend unter Berufung auf betriebswirtschaftliche Bewertungsmethoden angezweifelt wird. Im weiteren argumentierte Wagner, daß es keineswegs immer zweckmäßig sei, die Abfindung in Höhe des Grenzpreises des ausscheidenden Gesellschafters festzulegen, da in unterwertigen Abfindungsvereinbarungen Anreizmechanismen enthalten sein könnten. U.U. könnten unterwertige Abfindungsklauseln Gesellschafter veranlassen, bei Planrevisionen den Wohlstand der Mitgesellschafter zu mehren. Die Unterbindung solcher Vereinbarungen durch die Rechtsprechung könne daher bewirken, daß eine effiziente Kooperation zwischen einzelnen Gesellschaftern unterbliebe. Derartige Allokationswirkungen von Rechtssetzungen sollten nicht unbeachtet bleiben.

In dem Beitrag von Prof. Dr. *Jörg Baetge/Clemens Krause*, Münster, wurde das Thema „*Die Berücksichtigung des Risikos bei der Unternehmensbewertung – Eine empirisch gestützte Betrachtung des Kalkulationszinsses*“ erörtert. Die Autoren gingen der Frage nach, inwieweit sich der in der Praxis häufig verwendete Risikozuschlag auf den Kalkulationszinsfuß auf Basis des von der neoklassischen Kapitalmarkttheorie entwickelten CAPM empirisch fundieren läßt. Die empirische Überprüfung erfolgte anhand des bei zwei deutschen Großunternehmen gewonnenen Datenmaterials. Die Einzelfalluntersuchung zeige, daß gerade die Umstände im speziellen Fall, für den der Kalkulationszinsfuß benötigt wird, einer Anwendung des CAPM entgegenstehen könnten; gerade praktische Umstände behinderten dann Bemühungen um Herstellung größerer Praxisrelevanz. Die Autoren gelangten aufgrund ihrer Untersuchung zu dem Schluß, daß sich die Charakteristika der Risiken einer einzelnen Unternehmung mit der der Modellanalyse des CAPM zugrundeliegenden Klassifikation der Risiken nicht decken und daher gegenüber einer empirisch geführten Begründung des Risikozuschlags auf den Kalkulationszinssatz Skepsis angebracht sei. Die Objektivierung des Risikozuschlags auf den Kalkulationszins bleibe folglich eine offene Frage.

Die Tagung des Jahres 1995 wird unter dem Rahmenthema „Unternehmensrechnung als Instrument der internen Steuerung“ stehen und auf Einladung von Prof. Dr. Josef Kloock an der Universität Halle stattfinden.

Prof. Dr. Franz W. Wagner, Tübingen

Ausschuß für Umwelt- und Ressourcenökonomie

Die Jahrestagung 1994 fand am 29. und 30. April zum dritten Mal im Carl-Benz-Haus in Ladenburg bei Mannheim statt. Die Tagung war thematisch nicht eingegrenzt und es nahmen 26 Mitglieder und 2 Gäste teil. Zum Vortrag kamen 6 Referate.

PD Dr. *Oskar v.d. Hagen* (Oldenburg) referierte über „Waldfläche und Marktstruktur in der Forstwirtschaft – eine theoretische Analyse“. Er betrachtete für Modelle des Waldes ohne und mit Altersstruktur das Optimierungsproblem eines Waldbesitzers, der zur Bestimmung des Nutzholzangebots nicht nur die Dichte des Waldes, sondern auch die Waldfläche als Instrumente zur Verfügung hat. Es wurde gezeigt, daß die Waldfläche in beiden Modellen bei monopolistischer Marktform geringer ist als bei Wettbewerb. Für das Modell mit Altersstruktur wurde abgeleitet, daß darüber hinaus die Dichte des Waldes im Monopol geringer ist. Das Koreferat hielt PD Dr. *Ernst Mohr* (Kiel).

Prof. Dr. *Klaus W. Zimmermann* und *Reimund Schwarze* beschäftigten sich mit dem Thema „Industrielobbying bei einer Weitzmann’schen Umweltpolitik“. Gegenstand war die Wechselwirkung zwischen verschiedenen Strategien des industriellen Umweltlobbying bei einer Umweltpolitik unter Unsicherheit. Dem Lobbying stehen zwei strategische Variablen zur Verfügung: Das Säen von Zweifeln an dem Nutzen einer anspruchsvollen Umweltpolitik und eine betonte Darstellung und Übertreibung der Kosten der Umweltpolitik. Beide führen zur Senkung der umweltpolitischen Zielwerte, sie begründen jedoch unabhängig von der Randbedingung der relativen Steigung von Nutzen- und Kostenfunktion in unterschiedlicher Weise eine staatliche Instrumentenpräferenz. Hierdurch können die strategischen Konflikte entstehen, die im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen. Das Koreferat hielt Prof. Dr. *Klaus Conrad* (Mannheim).

Prof. Dr. *Udo Ebert* (Oldenburg) sprach „Zu den Möglichkeiten und Grenzen einer Bewertung von Umweltgütern“. Er ging von einem bedingten Nachfragesystem für private Güter aus, das auch von einem Umweltgut abhängt und zeigte, daß eine Bewertung des Umweltgutes nicht möglich ist. Er schlug als Ausweg aus diesem Dilemma die Hinzunahme zusätzlicher Information vor. Präzise Angaben über die Substitutionsbeziehungen zwischen dem Umweltgut und einem privaten Gut oder die marginale Zahlungsbereitschaft für das Umweltgut erlauben es, die das Nachfragesystem erzeugende Präferenzordnung zu identifizieren und damit eine Bewertung unterschiedlicher ökonomischer Situationen und insbesondere des Umweltgutes unter Berücksichtigung aller Interdependenzen vorzunehmen. Das Koreferat hielt Prof. Dr. *Wolfgang Buchholz* (Frankfurt/Oder).

Herr Dr. *Heinz Welsch* (Köln) führte eine „Gesamtwirtschaftliche Analyse von Klimaschutzsteuern im Kontext der EG“ durch. Untersucht wurden die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer EG-weiten CO₂/Energiesteuer und einer nationalen Energiesteuer in Deutschland. Im Zentrum standen dabei der Effekt der Verwendung des Steueraufkommens und die internationalen Rückwirkungen. Die Analyse basierte auf einem dynamisch-rekursiven zwei-Regionen allgemeinen Gleichgewichtsmodells der Europäischen Gemeinschaft. Das Modell berücksichtigt gebundenen und ungebundenen technischen Fortschritt, wird durch einen endogenen Zinssatz geschlossen und bestimmt einen flexiblen Wechselkurs. Die Modellergebnisse deuten an, daß die makroökonomischen Auswirkungen der Umweltsteuern in starkem Maße davon abhängen, wie das Steueraufkommen verwendet wird. Das Koreferat hielt Prof. Dr. *Gebhard Kirchgässner* (St. Gallen).

PD Dr. *Franz Wirl* (Wien) fragte in seinem Referat: „Sind Energiesparmaßnahmen von Versorgungsunternehmen wirtschaftlich“? Ausgehend von einem Dienstleistungsmodell des Strombedarfs unter Marktversagen (Preisregulierung unter den Grenzkosten, hohe subjektive Diskontraten) wurde die Wirtschaftlichkeit von nachfrageseitigen Maßnahmen untersucht. Die wichtigsten Ergebnisse sind: Sparprogramme können für das Versorgungsunternehmen sinnvoll sein, wenn die Kosten je tatsächlich gesparter kWh unter der Differenz Grenzkosten - Preis blei-

ben; die in der Praxis angebotenen Programme sind den Problemen der adversen Selektion und des moralischen Harzards ausgesetzt (Programme, die die „Reichen“ anstatt die „Armen“ subventionieren); die tatsächlich durchgeführten Programme – in Amerika und in Europa – reflektieren eher regulatorische Verzerrungen mit ökonomischen Randbedingungen als „Wirtschaftlichkeit“ im üblichen Sinne. Das Koreferat hielt Prof. Dr. *Wolfgang Pfaffenberger* (Oldenburg).

Im abschließenden Vortrag von Prof. Dr. *Helmut Karl* (Bonn) zum Thema „Europäische Umweltpolitik – Stand und Perspektiven nach Maastricht“ vertrat er die These, daß die Umweltpolitik auch nach Maastricht ein Defizit an ordnungspolitischer Ausrichtung besitzt. Allgemein gehaltene Zielbestimmungen und fehlende Regeln (i.S.v. v. Hayek) zum Umgang mit europäischen Umweltgütern sind Ausdruck der innerhalb der Gemeinschaft divergierenden Interessen, die bisher einen ordnungspolitischen Konsens noch nicht gefunden haben. Folglich tendiert die Union zu ordnungsrechtlich ausgerichteten ad-hoc-Beschlüssen, die trotzdem sehr schleppend gefaßt werden und meist ein zu geringes Schutzniveau vorsehen. Die europäische Umweltpolitik ist nicht nur durch ein ordnungspolitisches Defizit geprägt, sondern auch auf der operativen und koordinierenden Ebene werden ihr zufallende Verantwortungen nicht wahrgenommen. Das Koreferat hielt Prof. Dr. *Hans G. Nutzinger* (Kassel).

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 28./29. April 1995 statt. Herr Prof. Dr. *Hans W. Gottinger* hat sich dankenswerterweise bereit erklärt, diese am Internationale Institut of Environmental Economics and Management in Bad Waldsee zu organisieren.

In der Mitgliederversammlung des Ausschusses wurde Prof. Dr. *Rüdiger Pethig*, Siegen, zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Prof. Dr. Klaus Conrad, Mannheim